

Neue Wege der englischen Handelspolitik.

Von hervorragender sachmännischer Zeit.

Nach einer heute vorliegenden Mitteilung steht eine Erklärung der englischen Regierung bevor, wonach sie Vorzugszölle für die britischen Kolonien einführen und ihre Wirtschaftspolitik auf die Pariser Konferenzbeschlüsse gründen wolle. Da diese Meldung bisher nicht bestätigt ist, kann im Augenblick die Frage, welche Bedeutung ein solcher Schritt für die englische Handelspolitik sowohl den Freunden als den jetzigen Feinden gegenüber hätte, nur akademisch erörtert werden. Würde England tatsächlich diesen Weg einschlagen, so müßte damit eine Umwälzung seiner bisherigen freihändlerischen Grundsätze eintreten, denn das neue Programm wäre der Uebergang nicht bloß zur Schutzollpolitik, sondern zu einer ausgiebigen Anwendung derselben. Die Pariser Konferenzbeschlüsse haben Unterscheidungen in der Behandlung der Kolonien, der befreundeten Staaten, der Neutralen je nach ihren engeren oder enifernteren Beziehungen zur Entente und der Feinde in Aussicht genommen. Ein Tarif, in welchem all diese Abstufungen Platz haben sollen, muß naturgemäß einen außerordentlichen Umfang haben. Die derzeitigen Bundesgenossen Englands hätten jedoch keine Ursache, einen solchen Umschwung zu begrüßen. Er würde nämlich die Bundesgenossen schädigen, und die Tatsache, daß gegenüber den Zentralmächten eine noch weitergehende Differenzierung in Kraft treten und diese noch mehr benachteiligt werden würden, dürfte für Frankreich, Rußland und Italien wohl nur einen schwachen Trost bieten. Mit den Kolonialprodukten konkurrieren in Großbritannien vor allem die Vereinigten Staaten, dann aber auch Frankreich, Rußland und Italien. In der Hauptsache kommen als Einfuhrprodukte der Kolonien Getreide, Fleisch, Zucker, Reis, gewisse Obst- und Gemüsegattungen in Betracht. Beim Getreide treten mit den Kolonien Amerika und Rußland, beim Fleisch wieder die Vereinigten Staaten sowie Argentinien, beim Zucker Frankreich und Rußland, beim Gemüse, Obst und Früchten Frankreich und Italien, bei der Reiseinfuhr China in Wettbewerb. Gegenüber den Kolonien sind nicht die Zentralmächte, sondern die jetzigen Bundesgenossen die Hauptkonkurrenten in England, und es ist kein Zweifel, daß große Interessengegenstände entstehen werden, wenn England zu einer Schutzollpolitik mit Sonderbegünstigungen für die Kolonien übergehen sollte. Die anderen Ententeländer werden ja nicht nur auf dem englischen Markt Zölle zu zahlen haben, während sie bisher ihre Waren zollfrei eingeführt haben, sondern sie werden überdies noch im Verhältnis zu den Kolonien höhere Zölle zu entrichten haben.

Anders wären die Folgen natürlich bei Differenzierungen, die England bei Industrieartikeln gegenüber Deutschland und Oesterreich-Ungarn zugunsten Frankreichs — wohl des einzigen Staates, der hiebei in Betracht kommen würde — vornehmen sollte. Bei zahlreichen Industrieerzeugnissen besteht hier keine wirkliche Konkurrenz zwischen Frankreich und den Zentralmächten. Das gilt, um einige Beispiele anzuführen, von der chemischen, der Eisen- und der Maschinenindustrie Frankreichs und Deutschlands. Frankreich würde zwar niedrigere Zölle zahlen als die Industrie der Zentralmächte, aber Zölle müßte es entrichten und ausfuhrfähig würde es durch diese Verschlechterung im Vergleich zu dem jetzigen Zustand selbstverständlich nicht werden. Dasselbe wie bei Frankreich wäre auch bei einzelnen Artikeln der Fall, in denen Amerika mit uns und Deutschland auf dem englischen Markt in Wettbewerb tritt.

Wenn man die feindlichen Maßregeln Englands gegen die Mittelmächte ins Auge faßt, so würde Großbritannien bei einem Zollkrieg dieselbe Erfahrung machen wie andere Staaten, daß man nämlich selbst davon nicht leben kann, wenn der andere Partner eine Einbuße erleidet. Es bedarf keiner näheren Erörterung, was ein derartiges Schutzollsystem für die überlegene Konkurrenzfähigkeit Englands im freien Weltverkehr, für seine Schifffahrt, seinen Zwischenhandel bedeuten würde. Auch die Technik der Kontrolle bei einer solchen Schutzollpolitik ist sehr schwierig und kompliziert. So viele Unterscheidungen erfordern die weitestgehenden Vorkehrungen, Herkunftszeugnisse, Schaffung von Freihäfen usw.; die Staaten, die in dieses System hineinkommen sollen, müssen wieder mehrere Tarife aufstellen, jedes Land hat für ein anderes irgendwelche Begünstigungen und der internationale Verkehr würde durch ein solches System sehr erschwert werden. Was speziell Oesterreich-Ungarn betrifft, so wäre eine derartige handelspolitische Wendung ganz besonders für unsere Zuckerausfuhr von Bedeutung. Der Kolonialzucker würde in England bevorzugt, der russische und französische Zucker differenziert und diesem gegenüber wiederum der österreichisch-ungarische durch einen noch höheren Zoll noch stärker benachteiligt werden. Unsere Zuckerindustrie würde sich dann auf neue Exportwege einrichten müssen. Auf dem internationalen Zuckermarkt werden naturgemäß Lücken entstehen, weil ja der Zucker, der aus neuen Bezugsquellen nach England kommt, wieder anderwärts fehlen wird, und im Falle des Verlustes der englischen Kunden müßten andere Absatzmöglichkeiten gesucht werden.

Man hat aus englischer Quelle so häufig gehört, daß die Zentralmächte aggressiv sind und die Freiheit unterdrücken wollen. Hat man aber von den Mittelmächten je einen Plan vernommen, wie er jetzt in England erwogen wird, falls die darüber vorliegende Meldung durch die Tatsachen bestätigt werden sollte? Die Mittelmächte treten vielmehr für die Aufrechterhaltung und möglichste Ausdehnung des freien Handels und den Grundsatz der offenen Türen ein. Zu diesem Programm stehen die Absichten über die wirtschaftliche Annäherung zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland in keinem Widerspruch. Im Gegenteil: Wenn es richtig ist, daß England statt der Zollfreiheit Zölle einführen wird, bei denen es die Kolonien bevorzugt, die Bundesgenossen höher belastet und die feindlichen Staaten praktisch genommen, ausschaltet, so würde das der Politik entgegengekehrt sein, welche die Zentralmächte in Aussicht genommen haben. Es ist bekannt, daß sie auch mit den heutigen Gegnern im gegebenen Falle Tarifverträge abschließen und daß die verbündeten Staaten der Mittelmächte sich untereinander noch Sonderbegünstigungen gewährleisten würden. Das ganze System der Mittelmächte ist also auf den freien Verkehr gerichtet. Es hat aber in dem Verhältnis der verbündeten Staaten der Mittelmächte, in ihren gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen und ihrer Nachbarschaft eine gesunde Grundlage, während die englischen Pläne der Feindseligkeit entspringen würden. Es soll jedoch nochmals betont werden, daß heute die Erörterung nur eine akademische sein kann. England hat bei der Weltstellung seines Handels selbst das größte Interesse, die wahrscheinlichen Folgen einer solchen Umwälzung vorher in eine gründliche Erwägung zu ziehen. Zollkriege sind wiederholt geführt worden; den Nachteil hatten immer beide Gegner zu spüren. Sollte England diesen Weg gehen so würde dadurch neuerlich der Beweis erbracht sein, auf welcher Seite in Wirklichkeit das System der Absperrung und auf welcher die Freiheit vertreten wird.